

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

- Ich bin jetzt allerdings von den Mandaten ausgegangen, dann sind es natürlich viel mehr. Wir müssen jetzt nur aufpassen, daß wir nicht so viele Direktwahlkreise erhalten, daß wir mit den Überhangmandaten gar nicht mehr zurechtkommen, weil dann zu viele Fremde hier sind.

(Heiterkeit bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist richtig! Dafür müssen wir alle gemeinsam etwas tun!)

Ich wollte Ihnen sagen: Daß Sie den Haushalt des Ministerpräsidenten ablehnen, daß Sie seine Politik nur partiell gut finden,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Oder auch heimlich!)

liegt bei Ihnen gewissermaßen im Amtseid begründet. Aber daß wir eine Politik zugunsten unseres Landes machen und daß das Land dabei vorankommt, wird gelegentlich auch von Ihnen bestätigt. Ihr Zögern verstehe ich. Ich will weiter versuchen, es zu widerlegen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön. Wird weiter das Wort gewünscht? - Das sehe ich nicht. Danke schön. Wir können die **Beratung beenden**.

Wir stimmen ab über den Einzelplan 02 gemäß der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 11/4702. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist Einzelplan 02 gemäß der Beschlußempfehlung **angenommen**.

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank!

Ich rufe Nummer 7 auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

(C)

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4704, **eröffne die Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klose für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan des Justizministers, der im wesentlichen die Rechtspflege betrifft, steht im Schatten vieler anderer Einzelpläne, so wie die Rechtspolitik des Landes überhaupt etwas am Rande steht. Aber das ist manchmal auch von Vorteil.

Wir sind aber in Zeiten, in denen der Einzelplan 04 größere Bedeutung verdient. Deshalb sind wir - diejenigen, die sich hierzu äußern werden - in einem Vorgespräch übereingekommen, auch zu später Abendstunde hierzu etwas zu sagen.

Ich meine, daß der Einzelplan 04 im Gefüge des Landeshaushalts überhaupt eine Bewertung erfährt, die seiner Bedeutung nicht gerecht wird. Der Haushalt, der die Rechtspflege betrifft, berührt damit einen der Kernbereiche des Staates: nämlich für den Rechtsfrieden, den Rechtsschutz seiner Bürger zu sorgen und diesen zu gewährleisten.

Das Faustrecht abzulösen durch eine Friedensordnung, die durch den Staat zu sichern ist, war das große Ergebnis des Ersten Allgemeinen Landfriedens von 1495. Wir sollten alles daransetzen, daß wir nicht in die Zeit des Mittelalters zurückfallen. Das hört sich etwas übertrieben an, aber es ist leider sehr viel Wahres daran.

Meine Damen und Herren, wir sind in einer Situation, in der die Rechtspflege in besonderem Maße in der Gefahr steht, ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen zu können. Wir klagen seit Jahren über die nicht ausreichende Rechtsgewährung. 1984, noch unter Ihrer Leitung, Herr Kollege Haak, hat in Bonn ein großes Symposium dazu stattgefunden. Viele gute Ideen sind entwickelt worden; verwirklicht worden ist fast nichts.

Wir sind in einer Situation, in der die Ansprüche an die Rechtspflege wachsen. Ich greife nur einen Punkt aus diesen Tagen auf: Wenn alle Demokraten - und das ist die Mehrheit der Bürger - fordern, daß rechts-

(D)

(A) (Dr. Klose [CDU])

extremistische Gewalttaten nicht nur schnell aufgedeckt, sondern auch mit der ganzen Härte des Strafrechts verfolgt werden, dann hat diese Forderung wenig Aussicht, verwirklicht zu werden, wenn die bereits jetzt überlastete Strafrechtspflege diese Aufgabe auch noch erfüllen soll.

(Beifall bei der CDU)

Dann wird daraus bei allem guten Willen nicht viel werden. Und dann werden die Leute im Ausland und auch hier bei uns darauf hinweisen und sagen: Warum habt ihr euch nicht darauf eingerichtet? Warum hat die Politik wieder einmal versagt? Deshalb appelliere ich hier an die noch anwesenden Mitglieder der Landesregierung, mit darauf zu achten, nicht nur an die Vorteile ihres Ressorts, sondern auch an den Einzelplan 04 zu denken und die notwendigen personellen und sächlichen Mittel bereitzustellen, damit die Rechtspflege ihre Aufgabe erfüllen kann.

(B)

Ich weise weiter darauf hin, daß die organisierte Kriminalität anwächst, daß wir auch für die offenen Grenzen im Osten einen sehr hohen Preis werden bezahlen müssen, daß von dort aus besondere Formen der organisierten Kriminalität, insbesondere der Drogenkriminalität, in Deutschland etabliert werden und daß es dann nicht nur zusätzlicher polizeilicher Kräfte bedarf, sondern auch der notwendigen Verstärkung der Gerichte, die diese Kriminalität nachdrücklich bekämpfen.

Darauf ist die Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen zur Stunde nicht eingestellt. Ich sage das mit dem ganzen Ernst derer, die das auch bei anderen Leuten, die sich die Szene, die Entwicklung in Deutschland und in unseren Nachbarstaaten vor Augen führen, genauso sagen, unabhängig davon, welcher Partei sie angehören.

Ich wende mich mit ein paar Takten der Finanzgerichtsbarkeit zu. Auch da bleibt die Lage unbefriedigend. Wenn von Sachverständigen behauptet wird, daß Milliarden an Steuerausfällen deshalb eintreten, weil die Gerichte nicht zügig zu Urteilen, zu Entscheidungen kommen, dann muß das auch den Finanzminister beunruhigen. Dann bleibt ein Teil der von ihm erwarteten Einnahmen aus.

(C)

Ich wende mich der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zu. Es hat zusätzliche Stellen gegeben. Aber bereits jetzt sind 30 % aller Verfahren Asylverfahren, und die sollen ja jetzt beschleunigt zu Ende geführt werden. Dann reicht die personelle und sächliche Ausstattung dieser Gerichte einschließlich eines alle Zweige der Rechtspflege treffenden Defizits - nämlich, nicht ausreichend mit EDV-Mitteln ausgestattet zu sein - nicht aus, um diese Verfahren zu bewältigen.

Ich mahne an dieser Stelle noch einmal das an, was wir im Rechtsausschuß auch gesagt haben: Dann wächst sich allerdings die Stellenbesetzungssperre zur Absurdität aus,

(Beifall bei der CDU)

wenn Richter ausfallen, die schnelle Entscheidungen herbeiführen sollen, und dann ihre nicht besetzte Stelle zwölf Monate lang nicht besetzt werden darf. Denn der Ausgleich kann ja immer nur innerhalb eines Haushalts erfolgen.

Meine Damen und Herren, nehmen wir das nicht auf die leichte Schulter. Nehmen wir das ernst, und sorgen Sie alle bitte mit dafür, daß der Justizminister künftig einen Spielraum in seinen Haushaltsmöglichkeiten erhält, der es ihm wenigstens annähernd erlaubt, seinen verfassungsmäßigen Auftrag zu erfüllen.

(D)

Ein paar Bemerkungen zum Strafvollzug: Auch dieser steht nicht erst - wie Sie, Herr Justizminister Dr. Krumsiek, 1987 in einer Rede in Wuppertal ausgeführt haben - auf dem Prüfstand. Er steht in besonderem Maße auf dem Prüfstand. Es ist nicht nur die Bemerkung eines Vertreters von Interessen, daß der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Jochen Sudhaus, ausweislich einer Pressemitteilung vom 1. Dezember 1992 - er hat dieses Urteil damit nur wiederholt - sagte: "In den nordrhein-westfälischen Gefängnissen tickt eine gefährliche Zeitbombe."

Sie selbst, Herr Justizminister, haben vor dem Rechtsausschuß sehr klar, ehrlich und offen die kritische Lage des Vollzugs dargelegt. Auf Einzelheiten will ich hier nicht eingehen, weil wir uns zu einer Zurückhaltung bei der Beschreibung von Einzelvor-

(A) (Dr. Klose [CDU])

gängen verpflichtet haben. Aber die Vorgänge von Wuppertal, Rheinbach, Werl und Bonn sind nur Anzeichen dafür, was in unseren Vollzugsanstalten demnächst lossein kann, wenn es nicht bei dem bisherigen, auch vom Glück gesegneten Umständen bleibt.

Meine Damen und Herren, inzwischen sind bis zu 40 vom Hundert in unseren Anstalten in Untersuchungshaft oder verurteilt Einsitzende Ausländer. Das stellt die Bediensteten des Vollzuges vor Aufgaben, die Sie bisher in diesem Ausmaß nicht kannten. Wenn sie mit den Straftätern einer international organisierten Kriminalität fertigwerden müssen, stellt sie das vor Anforderungen, die mit der Gewaltkriminalität, der Einbruchskriminalität und selbst der Totschlags- und Mordkriminalität früherer Jahrzehnte überhaupt nicht vergleichbar ist.

Dann bedarf es auch im Interesse des gesetzlichen Auftrages des Strafvollzuges, nämlich die Sicherheit der Bürger vor Straftätern auf der einen Seite zu gewährleisten und auf der anderen Seite zugleich dem verurteilten Straftäter die Chance die Rückkehr in die Gesellschaft zu ermöglichen und damit den Resozialisierungsauftrag des Strafvollzugsgesetzes zu erfüllen, einer größeren Unterstützung des Vollzuges, als das bisher der Fall ist.

(B)

Es ist nach wie vor die schwierigste und größte Aufgabe, die angespannte Personalsituation zu verbessern, den allgemeinen Vollzugsdienst mit dem Personal auszustatten, das er braucht. Das gleiche gilt für den Werkdienst. Das Personal ist überfordert. Das sagen nicht nur Interessenvertreter, sondern das sagt jeder, der sich einen objektiven Einblick verschaffen kann.

Dazu gehört an dieser Stelle auch der Dank an die Bediensteten, die trotz einer wesentlich verbesserten Ausbildung, trotz einer höheren Qualität ihrer Berufstätigkeit in Besoldungsstrukturen verblieben sind, die der Ausbildung, der Qualität und der Schwere ihrer jetzigen Aufgabe nicht gerecht werden. Das muß man hier in aller Deutlichkeit aussprechen.

Meine Damen und Herren, ich habe es mir hier verkniffen, den Justizminister, der dafür verantwortlich ist und den die erste Verpflichtung trifft, in seinem Ressort die notwendigen Mittel zu erkämpfen, persön-

(C)

lich zu attackieren, weil ich genau weiß, daß auch wir Probleme hätten. Wir haben ja Probleme, wenn wir zum Beispiel im Rahmen der Haushaltsberatungen der Rechtspflege Geltung verschaffen wollen.

Das unterlasse ich aber nur in der Hoffnung und mit dem Anspruch an Sie, künftig der Gesamtverantwortung dieses Hauses für die Rechtspflege gerecht zu werden. Dann kann man - betrachtet man die ganze zweite Lesung - zu dem Ergebnis kommen: Es ist sehr schön, wenn man für diesen oder jenen Vorgang, für diese oder jene Sache traditionell oder weil es notwendig ist, einen größeren Zuschuß zu fordert.

Kann der Rechts- bzw. Verfassungsstaat seine Aufgaben in seinem Kernbereich nicht erfüllen, geht das Vertrauen der Bürger verloren. Dann geht mehr verloren, als mutete man dem ein oder anderen Interessenverband zu, ein Jahr oder eine gewisse Zeit lang auf Sonderzuwendungen des Landes verzichten zu müssen. Hier steht mehr auf dem Spiel. Die bestehenden Defizite sind ernster zu nehmen als auf manch anderem Gebiet.

Es muß unser aller Aufgabe sein, daß die nach wie vor noch bestehende Akzeptanz unserer rechtsstaatlichen Institutionen auch in Zukunft durch die Bürger erhalten bleibt.

(D)

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen: Die Fraktion der CDU hat sich im Rechtsausschuß dafür eingesetzt, daß die Informations- und Beratungsstelle des Bundesverbandes für NS-Verfolgte auch in diesem Jahre wieder gefördert wird. Die SPD hat diesen Antrag sogar noch erhöht. Wir sind der Meinung, daß das nicht nur eine aktuelle Frage ist, die unter dem Eindruck der rechtsextremistischen Gewaltkriminalität zu entscheiden war, sondern auch im Sinne einer Aufgabe, für die das Land jetzt mit ersetzend einspringt, die jedoch auch 43 Jahre nach Kriegsende nicht erfüllt ist.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, an die vielleicht nicht so vielen Menschen zu denken, die für die ihnen zugefügte Verfolgung während der nationalsozialistischen Zeit keinen Pfennig erhalten haben. Das war meine letzte Bemerkung.

(A) (Dr. Klose [CDU])

(Abgeordnete Berger [SPD]: Im Finanzausschuß hat die CDU aber nicht zugestimmt!)

Ich appelliere noch einmal an Sie: Helfen Sie mit, daß die Rechtspflege den Standort im Landeshaushalt bekommt, den sie nicht nur von der Verfassung her verdient, sondern von der Sache her auch nötig hat.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Berger [SPD]: Da müssen Sie aber Ihre Parteikollegen überzeugen!)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Dr. Klose. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Morawietz.

Abgeordnete Morawietz (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich bin wie Herr Dr. Klose der Ansicht, daß der Einzelplan 04 in diesem Jahr ganz besonders schlecht weggekommen ist; ich möchte das vorneweg sagen. Viele berechnete Forderungen konnten nicht erfüllt, mußten zurückgestellt werden. Aber ich werde damit wiederkommen, und ich möchte schon jetzt sowohl an das Kabinett als auch an meine Fraktion appellieren, im kommenden Jahr dem Rechtsbereich mehr Aufmerksamkeit zu widmen und den Schilderungen besonders aus den Justizvollzugsanstalten mehr Gewicht zu schenken.

Ich kann aber die drei vorliegenden Anträge, die durchgekommen sind, als Signale für wichtige Rechtsbereiche werten. Ich denke, 50 000 DM für die baltischen Staaten als Hilfe bei der Juristenausbildung sind außerordentlich wichtig; denn wie bisher schon die GUS-Staaten, so sollten nun auch die baltischen Staaten in der Juristenausbildung unterstützt werden. Die Notwendigkeit dafür hat eine Kommission des Rechtsausschusses erkannt, die im Mai dieses Jahres Rußland, Litauen und Weißrußland bereist hat.

Mit 260 000 DM soll die Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln, über deren wichtige Aufgaben Herr Dr. Klose schon gesprochen hat, über den 31. März 1993 hinaus gerettet werden. Die dafür zuständige Bundesregierung - es ist ja ein Bundesverband, der diese Stelle in Köln bereitstellt - hat den wiederholt gestellten und auch plausibel be-

gründeten Antrag des Bundesverbandes ohne Rücksicht darauf abgelehnt, wie dieses politische Signal nach außen gerade in der jetzigen Zeit der rechtsradikalen Übergriffe auf Ausländer gewertet werden muß. Wir haben unsere faschistische Vergangenheit noch nicht bewältigt, neue Faschisten heben das Haupt in einer unerträglichen Art und Weise, und die CDU findet es nicht für erforderlich, eine Beratungs- und Informationsstelle für NS-Verfolgte zu finanzieren.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Im Lande doch!)

Grundsätzlich kann es nicht unsere Aufgabe sein, die finanziellen Versäumnisse des Bundes auszugleichen. Wir sind dazu weder bereit noch in der Lage; aber diese Beratungsstelle für NS-Verfolgte ist für uns ein ganz sensibler Ausnahmefall, und wir werden letztendlich einspringen; so ist es auch beschlossen worden. Ich möchte heute schon an Sie, meine Damen und Herren von der CDU- und auch von der F.D.P.-Fraktion, appellieren, sich bei Ihren Parteifreunden in Bonn für eine finanzielle Anschlußabsicherung einzusetzen, damit diese Beratungsstelle nicht 1994 doch noch geschlossen werden muß. Das wäre eine Blamage für die gesamte Demokratie.

Das Konzept der flächendeckenden Einrichtung von Beratungsstellen für Straffällige und ihre Familien mußte aus finanziellen Gründen schon in der letzten Legislaturperiode auf Eis gelegt werden. Um so wichtiger aber ist es, daß die vier Beratungsstellen in Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen und Hagen, die jetzt schon über zehn Jahre hervorragende Arbeit leisten, abgesichert werden. So sind die 200 000 DM, die wir beantragt haben, für den Ausgleich der Kostensteigerungen im Personalbereich gedacht. Damit ist auch die Fortsetzung der bewährten Arbeit gewährleistet.

Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von hier aus meinen ganz besonderen Dank aussprechen, weil ich immer wieder in den Vollzugsanstalten erlebe, wie segensreich sie sich vor allem für die Zeit nach der Entlassung einsetzen und wie wichtig das für die gefangenen Männer und Frauen ist.

Gern hätte ich Ihnen heute eine beachtliche Stellen-

(C)

(D)

(A) (Morawietz [SPD])

vermehrung für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst im Strafvollzug verkündet. Anträge hatte ich auch eingebracht; aber die Fraktion ist mir nicht gefolgt, und ich bin letztendlich an dem Kabinettsbeschluß gescheitert, daß im Personalbereich in 1993 eine Nullrunde gefahren werden soll. Das muß ich hinnehmen; aber ich werde weiter Fakten und Argumente zusammentragen, um die nach meiner Auffassung dringend erforderliche Personalaufstockung in den Justizvollzugsanstalten des Landes doch noch durchzusetzen. Die Verhältnisse dort erfordern es.

Als Vorsitzende der Vollzugskommission kann ich die Verschlechterung der Bedingungen im Strafvollzug hautnah beobachten und miterleben. Die geschlossenen Anstalten für Männer und Frauen sind insbesondere durch zunehmende Zugänge von Untersuchungsgefangenen bis zu 30 Prozent überbelegt. Notgemeinschaften sind an der Tagesordnung; "Notgemeinschaften" heißt, daß in einer Einzelzelle zwei Gefangene untergebracht sind. 20 und mehr Nationen unter einem Dach in einer Justizvollzugsanstalt sind keine Seltenheit mehr. Der Anteil der Drogen-, Tabletten- und Alkoholsüchtigen steigt kontinuierlich, bei Frauen noch mehr als bei Männern. Die Klientel wird auch durch Zunahme der Schwerkriminalität und der Bandenkriminalität laufend schwieriger.

(B)

Dies alles zusammen muß fast zwangsläufig zu einer Verschlechterung des "Betriebsklimas" und zu neuen Anforderungen an die Bediensteten führen, auf die sie nicht genügend vorbereitet sind. Von Behandlungsvollzug, den wir doch hoffentlich alle noch wollen, kann unter solchen Rahmenbedingungen kaum noch die Rede sein. Ich habe ganz großen Respekt vor den rund 8 000 Männern und Frauen, die in den 38 Gefängnissen unseres Landes tagtäglich weit mehr als ihre Pflicht tun, um den Alltag für Gefangene und Bedienstete einigermaßen erträglich zu gestalten und um irgendwelche Zwischenfälle zu verhindern. Ich werde weiter bemüht bleiben, Verbesserungen zu erreichen.

Damit werde ich einigen Menschen im Justizministerium weiter gewaltig auf die Nerven gehen und viel Arbeit verursachen; aber ich mache es in diesem Falle eigentlich mit großem Mut und mit großer Zuversicht und bitte nochmals um Verständnis, aber vor allem

(C)

um Unterstützung sowohl durch das Kabinett als auch durch meine Fraktion. Wir können im Justizbereich, im Einzelplan 04, nicht länger auf Sparflamme fahren. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Lanfermann das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben schon so viel Richtiges zum Justizhaushalt gesagt, daß es mir einigermaßen schwerfällt, noch ein paar ergänzende Bemerkungen zu finden. Aber ich glaube, die wesentliche Feststellung darf ich hier wiederholen: Die F.D.P. hat ja eine ganze Reihe von Sparvorschlägen für den Gesamthaushalt vorgelegt. Wir haben ganz bewußt, weil wir wissen, wie schwierig die Situation ist, in bestimmten Haushalten keine Erhöhungsanträge gestellt, obwohl man sehr wohl darüber diskutieren kann, wo Aufgaben einfach natürlich auf das Land zuwachsen und man sich dem nicht entziehen kann.

(D)

Aber die wesentliche Botschaft war: Es gibt Kernaufgaben dieses Landes, und für diese Kernaufgaben, die zu allererst zu erfüllen sind, haben wir die Streichungen, die für alle Haushalte gelten sollten, nicht geltend gemacht. Das waren neben dem Bildungsbereich, der heute in den Debatten schon eine große Rolle gespielt hat, also die Haushalte für Schule und Hochschule, noch die Bereiche Innen und Justiz.

Wir haben - gerade was den Justizhaushalt angeht - genau wieder gespürt, daß die Gewichtung innerhalb der Landesaufgaben doch wohl so nicht ganz in Ordnung ist. Wenn es nun dieses Jahr nicht gelingt, so glaube ich doch, daß wir zu einer gewissen Verschiebung kommen werden, einfach weil gewisse Aufgaben unabweisbar sind. Wir haben, Herr Justizminister - es ist in den früheren Monaten hier diskutiert worden - schon bei dem ersten Asylkompromiß in Bonn genau gemerkt, daß das Land aus Sparsamkeit nicht alles getan hat, was in Bonn zugesagt war, weil nämlich für die Frage der Abschiebung von Asylbewerbern,

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

die nach Ablehnung nicht freiwillig das Land verlassen, die Haftplätze, die Sie zur Verfügung stellen mußten, nicht mit neuem Personal bestückt wurden, sondern erstens mit zu wenig Personal und zweitens zum Teil auch noch fälschlich berechnet, indem Sie allein auf die Wiederbesetzungssperre verzichten wollten. Unterm Strich fehlten aber dort schon Stellen, weil diese Leute aus anderen Vollzugsanstalten abgezogen werden müssen. Dort fehlen sie wirklich.

Ich kann Frau Morawietz nur zustimmen: Wir wollen nicht alle Einzelheiten wiederholen, aber wir haben Vollzugsanstalten - dies gilt speziell für den geschlossenen Vollzug -, in denen die Verhältnisse so nicht mehr tragbar sind. Ich halte es zwar sicherlich für gut und richtig, wenn die Vollzugskommission genau so arbeitet, aber eigentlich müßte es nicht nötig sein, daß uns erst auf den gemeinsamen Vorhalt aller Fraktionen hin Konzepte für die allernotwendigsten Reparaturen und Renovierungen mühsam vorgelegt werden. Sie wissen, ich spiele hier auf die Zustände in der Justizvollzugsanstalt Essen an.

(B) Sie werden, Herr Justizminister und Herr Finanzminister, bei dem neuen Asylkompromiß auch einiges tun müssen. Sie wissen genau, daß die schnellen Verfahren nicht von selbst zu bewerkstelligen sind, sondern Sie müssen sich anschauen, daß, wenn auch die Abarbeitung der Altfälle zusätzlich vonstatten gehen soll, wir sicherlich vor die Frage gestellt werden, ob Sie nicht eventuell mit einem Nachtrag an dieses Problem herangehen müssen.

(Minister Schleußer: Einzelrichter!)

- Ich weiß, daß Sie bei dieser Frage auf den Einzelrichter rekurrieren; ich weiß auch, daß gewisse Kapazitäten, wenngleich dies jetzt zunächst einmal für den Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit gilt, dadurch frei werden. Das war ja auch Ihr Ziel durch das Justizentlastungsgesetz, Herr Justizminister, das jetzt von Bonn gekommen ist. Damit sind zwar nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen - ich halte es auch für richtig, weil dort bedenkliche Dinge gefordert waren -, aber die Hauptentlastung zum Beispiel durch die Versetzung der Streitwertgrenze haben Sie erreicht. Nun erwarten wir von Ihnen, daß dies umgesetzt wird.

(C)

Aber gleichwohl wird dies wahrscheinlich nicht reichen, nicht einmal wenn Sie auf den Einzelrichter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit gehen, weil der Entlastungseffekt wohl nicht so groß sein wird, wie er jetzt angestrebt wird. Aber wir schauen uns das in Ruhe an; wir brauchen das heute nicht zu Ende zu diskutieren; ich wollte das nur als Merkposten hier anbringen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr gut!)

Wir haben - das ist auch in einer Ihrer Reden, Herr Finanzminister, angeklungen - im ganzen Land einen gewissen Nachholbedarf, um die Verwaltung effektiver zu machen. Dies zielt natürlich ab auf das Stichwort EDV-Einsatz - soweit dies möglich und sinnvoll ist. Ich glaube, daß bei allen Bemühungen, die es in der Vergangenheit gegeben hat, im Bereich der Justiz noch eine ganze Menge zu tun ist; Sie kennen auch die entsprechenden Organisationsuntersuchungen. Wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, daß gerade in diesem Bereich EDV verstärkt eingesetzt wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Der Herr Justizminister - ich weiß das; wir kennen das Ritual - sagt dann immer: Wir haben ja eine große Steigerungsrate im Haushalt. - Nur wenn man ganz klein anfängt, ist es mit den großen Steigerungsraten gar kein Problem. Die Summen, die wir in Zukunft brauchen, sind größer. Sie wissen, Herr Justizminister, bei dem Tempo, das Sie bei der EDV vorgelegt haben, wird das alles viel zu lange dauern. Wir brauchen die Entlastungseffekte auch in dem Bereich. Die Justiz muß eben ein moderner Dienstleistungsbetrieb werden, und das ist sie heute in vielen Bereichen noch nicht, so sehr sich die Bediensteten auch Mühe geben.

(D)

Meine Damen und Herren, es gäbe noch einiges zu sagen - zum Beispiel auch, was Rechts- und Justizpolitik angeht -, das ist die in der nächsten Woche zu erwartende einhellige Verabschiedung des Juristenausbildungsgesetzes in einer vernünftigen Form, auf die sich dann letztlich alle Parteien geeinigt haben. Ich werde mir ersparen, die aufregende Geschichte dieses Gesetzes hier noch einmal darzulegen.

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Das war doch spannend!)

Es besteht ja auch noch nächste Woche zu später Stunde, Herr Dr. Haak, noch ausreichend Gelegenheit dazu, wenn dieses Thema ansteht.

Ich wollte ein letztes Wort noch auf die gegenwärtige Situation bezogen sagen. Ich habe selbst festgestellt, daß vieles von dem, was wir heute an Defizit beklagen, an Kenntnis und innerer Einstellung zum Staat, insbesondere zum Rechtsstaat, vielleicht auch zu Themen wie Gewaltmonopol, natürlich viel mit Bildung und Ausbildung zu tun hat. Ich darf hier erneut einen sicherlich sehr allgemein gehaltenen, aber doch richtigen Appell an Sie richten, noch einmal - auch in Verbindung mit dem Kultusminister - darüber nachzudenken, inwieweit nicht das Stichwort "Rechtskunde" - und das meine ich auch etwas weiter gefaßt, auch in Richtung Staatsbürgerkunde, wie man es früher so nannte - wieder aufgegriffen werden muß und ob auf diesem Gebiet nicht doch einige Defizite entstanden sind.

(B) Es ist jedenfalls mein Eindruck, wenn man mit jungen Leuten spricht, daß sie doch oft über die Institutionen, ihre Arbeitsweise und ihre Funktion nicht so gut Bescheid wissen, wie ich mir das wünschen würde. Das gehört eigentlich auch dazu, wenn man aktiv für diesen Staat und für diese Rechtsordnung gegen diejenigen eintreten soll, die offensichtlich jetzt - und das gleich von zwei extremen Seiten - gegen diesen Staat und gegen diese Rechtsordnung vorgehen.

Ich glaube auch, daß eines noch zu konstatieren ist, wenn wir über Recht, Rechtsgefühl und Rechtsempfinden sprechen: Es schon ganz spannend, daß jetzt von manchen, von denen man es nicht gedacht hätte, ganz zu Recht - weil es gegen Rechtsextreme geht - der interessante Hinweis kommt, man möge doch so schnell, so hart und mit der ganzen Strenge und Schärfe des Gesetzes verfolgen, ermitteln, und Recht sprechen. Das hat sich von allen nicht immer so angehört. Ich glaube, es ist doch ein guter Zug der Entwicklung, die uns viel Sorgen macht, daß doch das Gefühl für das, was der Rechtsstaat für uns bedeutet, als Rückgrat unserer Demokratie doch bei allen wohl noch ein Stück gewachsen ist.

(C)

Damit will ich es bei dieser - auch wenn es im Raum immer kühler wird - recht angenehmen Atmosphäre und freundlichen Worten bewenden lassen.

Daß wir den Justizhaushalt ablehnen, Herr Minister, damit werden Sie auch noch leben können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Lanfermann. - Für die GRÜNEN-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß wir heute den Justizhaushalt zu dieser späten Stunde und nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutieren, und dann auch noch als Nichtjuristen, wird der Sache sicherlich nicht gerecht.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Nicht alle sind Nichtjuristen!)

Denn gerade was die Gerichtsbarkeit und den Vollzug angeht, stehen wir vor nicht geringen Problemen. (D)

- Ich sprach von mir, Herr Lanfermann. Ich weiß, daß Sie Jurist sind; ich wollte meine sprichwörtliche Bescheidenheit zum Ausdruck bringen,

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Dann ist das genehmigt!)

aber Ihnen auch meine geheimen Träume offenlegen.

Die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus und dem Rechtsextremismus verlangt von uns,

(Zuruf des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.]

- ich wäre begabt, Herr Lanfermann -, daß nicht nur die Strafjustiz mit allen rechtsstaatlichen Mitteln konsequent gegen schwere Straftaten vorgeht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, daß

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

wir GRÜNEN nicht meinen, daß es der Gesetzesverschärfungen etwa im Versammlungsrecht oder anderswo bedürfte. Wer Brandsätze auf Menschen wirft, begeht nicht nur Sachbeschädigung und auch nicht nur Hausfriedensbruch, ist auch nicht nach dem Versammlungsrecht zu beurteilen, sondern unternimmt einen Mordversuch. Und er muß entsprechende Antworten der Justiz bekommen, darf nicht, wie es etwa in Rostock geschehen ist, als Teilnehmer einer Versammlung festgenommen und dann am nächsten Tag schon wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Dafür aber reichen unseres Erachtens die Gesetze aus. Sie müssen nur angewandt werden.

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch an die Zeit nach den Verfahren und nach der Verurteilung denken. Wir sind im Strafvollzug auf den Umgang mit jugendlichen rechtsextremistischen Gewalttätern nicht eingerichtet.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Herr Appel will den Strafvollzug doch abschaffen!)

- Das glaube ich nicht, weil er mich darüber beraten hat, was ich hier vortragen soll.

(B) (Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das war vor drei Tagen, als er ihn abschaffen wollte!)

Eine Rückfallquote von 80 % im Jugendvollzug bedeutet, daß wir neue Wege gehen müssen, um Resozialisierung zu erreichen, oder besser: ein künftiges Leben der Täter ohne Straftaten zu ermöglichen, Herr Lanfermann.

Ich bin nicht wirklich sicher, ob gerade rechtsextremistische, junge Straftäter allein durch drastische Strafantrohungen von ihrem irrsinnigen Tun ablassen werden. Da muß mehr geschehen in der Gesellschaft, aber auch mit diesen Tätern. Vielleicht ist dies ein Bereich, in dem ein Täter-Opfer-Ausgleich ungeeignet erscheinen mag, vielleicht aber auch gerade nicht. Ich meine, es wäre notwendig, darüber nachzudenken. Wir wissen nur, daß wir nicht 40 000 Rechtsextremisten wegsperren können, wenn ihnen denn schon konkrete Straftaten nachzuweisen sind, um dann einfach zu sagen: Nun ist der Spuk vorbei.

(C)

Was wir sicher nicht können, ist, unserem ohnehin schwer belasteten Vollzugspersonal die alleinige Verantwortung aufzubürden. Dies gilt im übrigen auch für neue Problemgruppen der Straftäter wie ausländische Täter und Drogenabhängige. Da klappt das bisherige Vollzugskonzept nicht mehr; die herkömmlichen Knasthierarchien geraten durcheinander; es wird schwieriger, und zudem werden die Gefängnisse immer voller.

Wir GRÜNEN meinen, daß es aber auch nicht hilft, immer neue Haftanstalten zu bauen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das drohende Beispiel, daß alle vorhandenen Haftplätze mit fast naturgesetzlicher Regelmäßigkeit gefüllt werden und inzwischen ein überproportionaler Prozentsatz der Bürger und Bürgerinnen der USA sitzt.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Jetzt kommen wir schon dahinter!)

- Ich gucke sowieso immer zur F.D.P., weil die Leute da immer gut zuhören. - Es wird nach einer Entspannungsphase in den 80er Jahren wieder schnell U-Haft verhängt, und die Wiederholungstäterzahl steigt.

Sie, Herr Lanfermann, mögen mir nun vorwerfen, daß ich selbst gerade für eine Gruppe gefordert habe, U-Haft anzuwenden. Aber ich sage es trotzdem: Wir müssen darauf drängen, daß bei der Verhängung von U-Haft bei Alltagsdelikten genauer hingeschaut wird.

(D)

Und wir wissen vor allem eines: Ohne Umkehr in der Drogenpolitik, die Kranke nicht mehr in den Knast steckt, werden wir nicht weiterkommen. Schon heute ist und bleibt tabuisiert, daß etwa ein Drittel aller Häftlinge wegen Betäubungsmittel- oder Beschaffungskriminalität oder Handel im Vollzug sind. Wir können nicht weiter verschweigen, daß teilweise mehr als ein Drittel - besonders hoch ist der Prozentsatz übrigens bei Frauen - der Gefangenen drogenabhängig sind. Hier ist Umkehr notwendig; hier sind Kranke, die Hilfe brauchen; hier ist es geboten, durch Entkriminalisierung den Vollzug zu entlasten.

Wir GRÜNEN fordern keine neuen Stellen zur Beschleunigung der Asylverfahren, denn es liegt zumeist nicht an den Gerichten, wenn Entscheidungen zu

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

lange dauern, wenn Akten des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen monatelang nicht geliefert werden, wenn unnötige Verfahren durch die penetrante Praxis des Bundesamtes, gegen jede positive Asylentscheidung eines Gerichtes in die nächste Instanz zu gehen, erst eine Verfahrensflut erzeugen. Dann liegt die Schuld auch hier ganz klar auf seiten der Behörde, der Herr Seiters vorsteht.

Lassen Sie mich zuletzt meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der Rechtsausschuß einen gemeinsamen Antrag von GRÜNEN, SPD und CDU zugestimmt hat, der Beratungsstelle für NS-Verfolgte in Köln im nächsten Jahr 260 000 DM zur Verfügung zu stellen und damit ihre wertvolle Arbeit zu sichern. Wir brauchen dieses Zeichen gegenüber den Opfern des Holocaust gerade heute als Verpflichtung gegenüber unserer Geschichte, die uns leider zum Teil einholt.

(B) Ganz zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich meiner Bewunderung, aber auch meiner leichten Kritik darüber Ausdruck geben, daß der Justizminister trotz einer erst vor wenigen Tagen überstandenen Operation hier im Plenum so lange ausgehalten hat. Ich möchte ihm auch von dieser Stelle gute Genesung und auch etwas Vernunft wünschen, mit diesen Plenarsitzungen künftig besser umzugehen und sich vielleicht um diese Zeit lieber ins Bett zu legen, als in der Rekonvaleszenzphase hier so lange auszuharren. - Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Schmidt: Ich gehe davon aus, Herr Kollege Dr. Vesper, daß das ein Appell an Herrn Krumsiek war, es kürzer zu machen. Oder wie soll ich das verstehen? - Jedenfalls hat jetzt für die Landesregierung der Justizminister das Wort.

Justizminister Dr. Krumsiek: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin ja bis vor wenigen Tagen auch Gesundheitsminister gewesen und habe da das sogenannte ambulante Operieren verkündet. Daß Sie das nun an mir mit versucht haben, muß ich also ertragen, auch wenn es abends etwas später wird.

(C)

Ich gebe Ihnen zu, meine Damen und Herren: Wenn der Landtag auf die Größe eines Seminars zusammengeschrumpft ist, ist es nicht mehr ganz einfach, große justizpolitische Ausführungen zu machen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das will ich auch nicht. Lassen Sie mich aber doch ein paar Akzente hinzusetzen.

Ich glaube, die heutige Debatte ist Spiegelbild der Sachlichkeit der Diskussion im Rechtsausschuß. Dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich danken.

Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich zwei Herzen in meiner Brust habe

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Als Gesundheitsminister?)

- nein, als Justizminister; das wäre ja sonst zu schön -, daß ich zwei Herzen in meiner Brust habe, weil ich auf der einen Seite den Konsolidierungsprozeß der Landesregierung voll mittrage und auf der anderen Seite natürlich sehr wohl weiß, daß man Justiz nicht zum Nulltarif haben kann. Die Justiz ist staatliche Dienstleistung, die wir in unserem Lande auf hohem Niveau erbringen. Dafür möchte ich allen Bediensteten in allen Sparten der Justiz ganz herzlich danken. Ich weiß, daß sie jeden Tag eine schwierige Aufgabe zu erfüllen haben.

(D)

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Was hier heute nicht angesprochen worden ist und was ich nur mit einem Satz erwähnen will, ist, daß wir in diesen Wochen 475 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den neuen Ländern haben. Das ist mehr, als fast alle anderen Ressorts erbringen, und das ist eine außerordentliche Kraftanstrengung, eine Kraftanstrengung, die Sie als Haushaltsgesetzgeber auch honoriert haben, indem Sie knapp 400 Stellen eigens dafür ausgewiesen haben. Aber 475 Bedienstete sind dort.

Jetzt sage ich wenige Sätze zum Rechtspflege-Entlastungsgesetz. Ich bin sehr froh und dankbar, daß dieses Gesetz jetzt kommt. Ich erinnere mich noch,

(A) (Minister Dr. Krumsiek)

wie Sie mich im Rechtsausschuß gescholten haben, und ich höre noch die Stimmen auch eigener Freunde, die gesagt haben: Mußte das denn sein, und konntest du das so machen? - Jetzt werden wir nicht nur die Anhebung der Streitwertgrenze haben, sondern wir werden auch erhebliche Veränderungen in der Strafrechtspflege erleben, nicht nur vom Strafraumen her, der von drei auf vier Jahre heraufgesetzt worden ist, sondern auch, daß die Gerichte auch in anderer Besetzung Recht sprechen und daß Rechtsmittel nur noch zur Kleinen Strafkammer und nicht mehr zur Großen Strafkammer möglich sind. Ich glaube, daß das ganz erhebliche Entlastungen sind, und ich werde über die Staatsanwaltschaften darauf achten, daß das auch eingehalten wird und daß diese Entlastungen wirklich wirksam werden.

Lassen Sie mich etwas zum Asylverfahren sagen! Nach dem Kompromiß beim Bundeskanzler will ich hier nicht nachkarten zu dem, was jetzt vereinbart worden ist. Nur: Ich appelliere hier noch einmal sehr deutlich an den Bundesgesetzgeber, eindeutige gesetzliche Vorschriften zu erlassen. Wir machen doch die Erfahrung, daß in das Asylverfahrensgesetz, das ja noch fast warm ist, hineingeschrieben wurde, daß bei Eilentscheidungen die Entscheidung dem Einzelrichter übertragen werden kann. Und was ist mir berichtet worden? In 3 % der zu entscheidenden Fälle machen die Kammern davon Gebrauch. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit muß sich dann nicht wundern, wenn man anschließend den Gesetzgeber auffordert, hier ius cogens - wie wir sagen - zu schaffen, zwingend festzulegen: Der Einzelrichter entscheidet, und nicht: Der Einzelrichter kann, soll oder soll in der Regel entscheiden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich hatte zwar neun Jahre Latein, aber könnten Sie es trotzdem übersetzen?)

- Ius cogens ist das zwingende Recht, an das jeder gebunden ist, auch die Richterschaft im Präsidium, wenn sie über die Richterverteilung entscheidet.

Lassen Sie mich etwas zum Strafvollzug sagen! Meine Damen und Herren, ich habe die Situation im Strafvollzug nie beschönigt. Ich weiß um die Schwierigkeiten, um die Vielzahl der Ausländer, um die Vielzahl der Untersuchungsgefangenen, um die Vielzahl der

(C)

Drogenabhängigen. Ich weiß, daß die Klientel schwieriger wird. Und ich sage Ihnen auch: Wir sollten nicht erst dann helfen und mehr Personal bewilligen, wenn wir Meutereien, Aufruhr oder Geiselnahmen haben, sondern wir sollten uns rechtzeitig darauf einstellen. Aber ich sage ebenso: Wir sollten uns nicht nur nach den lauten Worten von Verbandsvertretern richten, die immer dann rufen und schreien, wenn sie in die Nähe ihrer Wiederwahl gekommen sind. Hier gilt es also abzuwägen.

Ich will auch darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß wir Haftanstalten haben, in denen eine Zahl von Stellen nicht besetzt ist, weil sie nicht besetzt werden können, weil wir nämlich trotz des schwierigen Arbeitsmarktes niemanden finden, den wir neu einstellen könnten, oder es nicht mehr die große Bereitschaft gibt, den anspruchsvollen Dienst eines Justizvollzugsbediensteten auszuüben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, mit diesem Haushalt genügt die Landesregierung und genügen wir den hohen Ansprüchen, die die Bürger an die Rechtspflege und an den Strafvollzug in unserem Lande stellen. Ich hoffe, daß dieser Haushalt eine breite Zustimmung findet. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Justizminister Dr. Krumsiek. - Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 04 - Justizministerium - liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe deshalb die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4704**. Wer ist für diese Beschlußempfehlung? -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wenige!)

Danke sehr. Die Gegenprobe! -

(Zuruf von der SPD: Noch weniger!)

Danke. Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und

(A) (Vizepräsident Schmidt)

der GRÜNEN ist so beschlossen. Damit ist der **Einzelplan 04** in zweiter Lesung **angenommen**.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Können wir nicht morgen weitermachen? - Heiterkeit)

Ich rufe die **Nummer 8** auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Bundesangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4709 und **eröffne** die Beratung. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe** ich die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 09 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4709**. Wer ist dafür? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion so beschlossen. Damit ist der **Einzelplan 09** in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe die **Nummer 9** auf:

(B)

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1993

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen Drucksachen 11/4700, 11/4712 und 11/4716 und die vorliegenden Änderungsanträge der GRÜNEN-Fraktion: Drucksache 11/4778 zu Einzelplan 12 mit drei Anlagen, Drucksache 11/4779 zu Einzelplan 20 mit fünf Anlagen und Drucksache 11/4780 zum Haushaltsgesetz mit zwei Anlagen.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Meulenbergh das Wort. Bitte schön!

(C)

Abgeordneter Meulenbergh (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer jetzt zwei Tage lang der Haushaltsplandebatte folgt

(Oh-Rufe und Unruhe bei der SPD)

- Sie sollen ja noch einmal wach werden; es geht ja dem Ende zu -, der fragt sich: Wo sitzen eigentlich die Verantwortlichen für die Finanzmisere in Nordrhein-Westfalen?

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Hier nicht!)

- Sie haben schon richtig aufgezeigt. - Minister Schleußer gab gestern schon als fünfter Redner, d. h. als erster Minister, die Antwort und gab uns allen eine Orientierungshilfe: selbstverständlich nicht in Nordrhein-Westfalen. Die von ihm ausgemachten Hauptangeklagten sind demnach der Bund, die Wiedervereinigung, der Strukturwandel, ja, sogar die Städte und Gemeinden.

Nun dachte ich mir, daß ein Minister oder eine Ministerin in der Folgezeit wenigstens einmal "mea culpa" gesagt hätte; aber das blieb aus. Ich gebe zu, dieses Szenario ist gekonnt, hat aber einen kleinen Haken: Es stimmt leider mit der Realität nicht überein.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Na, na, na!)

Lassen Sie mich die Argumente der Landesregierung auf ihre Wahrhaftigkeit abklopfen.

Seit mehr als 20 Jahren befindet sich Nordrhein-Westfalen zugegebenermaßen in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Seit mehr als 20 Jahren! Ist dieser Wandel für eine moderne Volkswirtschaft nicht geradezu typisch? Nur durch ständige Anpassung und Innovation lassen sich die Wettbewerbsfähigkeit und unser Lebensstandard halten. Zum Unglück für unseren Finanzminister meisterten andere Bundesländer diese Situation unauffälliger und besser.

Ebenso unredlich ist es, die Wiedervereinigung immer wieder für unsere heutigen nordrhein-westfälischen Probleme zu nutzen. Nicht zuletzt durch die gewaltige Nachfrage der neuen Bundesbürger nach Westwaren steigen die Steuereinnahmen allein im Jahr 1992 um